

Welt der Arbeit

Jahrgang 1 / Ausgabe 4

10. Dezember 2003

Betriebsräte heute

In einer Beilage (PDF-Datei, 14 Seiten) zu dieser Ausgabe der Welt der Arbeit informiert eine Studie über das Denken verunsicherter Betriebsräte. „Ziemlich bunt hier“ nennt der Kollege Juri Hälker die Ergebnisse seiner Untersuchung, die er bei Duisburger Betriebsräten durchgeführt hat.

Gibt es überhaupt noch eine Übereinstimmung zwischen der Politik der Betriebsräte und der Gewerkschaften? Diese Debatte muss unbedingt geführt werden. Erfahrungsberichte und Meinungsäußerungen sollen auch in der Welt der Arbeit veröffentlicht werden. Zuschriften sind erwünscht!

(Siehe auch Buchhinweis S. 7)

Inhalt dieser Ausgabe

Kein Verzicht auf Tarifrrechte

Seite 1

Gewerkschaften in der Empörungsfalle, Leserbrief

Seite 2

Alle Jahre wieder, Abzocker

Seite 3

Die falschen Propheten

Seite 4

Export: Immer neue Rekorde, Job-Börse, Ansichten

Seite 5

Statistikzauber,

Sterben wird teurer,

H. Heine zum Geburtstag

Seite 6

Betriebsräte in Rollenkonflikten, Buch-Tipp, Kommentar, Impressum

Seite 7

Keine Verzichte auf Tarifrrechte !

Die Forderungen zur Beseitigung der Tarifautonomie werden immer dreister. Abweichungen von Tarifnormen sollen künftig nicht nur in Krisenfällen möglich sein. Die Unternehmer verlangen eine Ausweitung der Ausnahmen auch auf gesunde Betriebe, wenn diese zum Beispiel wegen der Wettbewerbssituation längere Arbeitszeiten wollen. BDA-Boss Hundt behauptet: „Wir sind in den Betrieben dringend darauf angewiesen, dass es mehr betrieblichen Regelungsraum zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen gibt.“

In diesen Wochen demonstrieren fast täglich tausende von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für die uneingeschränkte Erhaltung der Tarifautonomie. Gleichzeitig führt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf Wunsch des Kanzlers seit Monaten Gespräche mit Arbeitgeberpräsident Hundt über „weitergehende Öffnungsklauseln in den Flächentarifverträgen.“ (Tageszeitung „Die Welt“ v. 4.12.03). Mit einer entsprechenden „freiwilligen Vereinbarung“ will man gesetzliche Einschränkungen der Tarifautonomie verhindern. Das passt zu den Protesten der Betriebsräte und Belegschaften wie die Faust aufs Auge!

DGB und BDA können als Dachverbände überhaupt keine verbindlichen Erklärungen zur so genannten Öffnung von Flächentarifverträgen abgeben. Sie sind nach ihrer Satzung nicht tariffähig und für den Abschluss von Tarifverträgen nicht zuständig. Über Kündigung, Forderungen und Abschluss von Tarifverträgen können ausschließlich die jeweils zuständigen Tarifkommissionen entscheiden. Und da sind in den Gewerkschaften die Vertreter und Vertreterinnen aus den Betrieben zuständig.

Michael Sommer beteiligt sich an einer politischen Inszenierung, die den Gewerkschaften nur schaden kann. Nach den gescheiterten Gesprächen war am 4. Dezember in der Frankfurter Rundschau zu lesen: „Die Gewerkschaften wollten nach Angaben Sommers ein Bekenntnis zu mehr tarifvertraglicher Flexibilität abgeben.“

In der Sache gibt es überhaupt keinen Grund, nach tarifvertraglicher Flexibilität zu suchen. Die ist grundsätzlich bereits vorhanden. Aber darum geht es auch gar nicht. Vielmehr soll die Verbindlichkeit der Tarifnormen aufgehoben werden. Und genau das schwächt die abhängig Beschäftigten erheblich und verstößt gegen unsere Verfassung. Tarifverträge sind Ausdruck kollektiver Selbstbestimmung und damit ein wesentliches Element der sozialstaatlichen Demokratie. Thomas Dieterich, ehemaliger Präsident des Bundesarbeitsgerichtes und Richter beim Bundesverfassungsgericht, stellte zu Recht fest: „Tarifautonomie ist notwendiger Bestandteil einer grundrechtlichen Freiheit, nämlich der Koalitionsfreiheit.“

Der Flächentarifvertrag ist auch in anderen Ländern Europas kein Auslaufmodell. In 12 von 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bildet der Flächentarif die wichtigste Vertragsform, denn dort werden deutlich mehr als 80 Prozent der Beschäftigten von tarifvertraglichen Regelungen erfasst. Die einzige Ausnahme stellt Großbritannien dar, wo nur etwa 38 Prozent der Beschäftigten Anspruch auf tarifliche Rechte haben. Und die kann kein Vorbild sein.

Franz Kersjes

Kommentar**Gewerkschaften in der Empörungsfalle**

Nicht mit der Gartenschere gehen Stoiber und Koch gegen den Sozialstaat vor, nein mit der Axt. Mit brutalst möglicher Härte ist es Roland Koch. Edmund Stoiber ist endlich ehrlich und handelt nun so. Hessens und Bayerns Gewerkschaften stehen eher verblüfft da. Ihre Massen bringen sie nicht auf. Die sind erschöpft von den Aktionen gegen Rot-Grün. Die Gewerkschaften befinden sich in der Empörungsfalle. Die Union nutzt die Lage, auf ihrem Parteitag beschloss sie: Kopfprämie für jeden, Lebensarbeitszeit herauf auf 67. Öffentlicher Widerstand von den Gewerkschaften wird kaum kommen. Ihre Kämpfer sind müde und ausgelaugt. Die Sozialzerstörer Roland Koch und Edmund Stoiber sind mit den Stimmen der Arbeitnehmer, auch der Organisierten gewählt worden. Schon bei der Bundestagswahl stimmten neun Prozent mehr Arbeiter für Stoiber als vier Jahre zuvor noch für die Roten. Überproportional gab es auch die Wechselwähler unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Warum? Viele Arbeiter sind Konsumenten der Kampfpresse aus dem Hause Springer. Arbeiter sind prozentual höher organisiert als andere Berufsgruppen. Vier Jahre Niederschreiben von Springerleuten und ebenso lange von den Führungen ihrer Verbände zu hören, welche Pfeifen sie eigentlich regieren – da kann es nur Wahlenthaltung geben oder Überlaufen zu den tatsächlichen Männern mit der Axt am Sozialstaat.

Nach der Bundestagswahl waren viele Medienleute derart

erbozt über das Ergebnis, hatten sie doch gedacht, Rot-Grün waidwund geschrieben zu haben. Da sie danach aber nicht schreiben konnten, die Wähler seien dumm, wurde mit den übelsten Mitteln suggeriert, Schröder habe gelogen, sonst wäre anders gewählt worden. Die Berliner „BZ“ praktizierte Hetzmethoden wie einst „Der Stürmer“. Rot-Grün hat die falschen Weichen in der Sozialpolitik gestellt. Zumindest einige. Was dann unter dem Beifall der Springermedien im Sommer veranstaltet wurde, rächt sich bald. Es wurde Geld aus der Verbandskasse entnommen, um Vorsitzenden die Empörungskulisse heranzukarren. Der eine oder andere verlangte sogar die Zahl der Empörten. In Hamburg sollten es auf jeden Fall 20.000 sein. Kostete es, was es wolle, wurde jedoch nicht gesagt. Der Gewerkschaftsrat ist eine Gesprächseinrichtung, in der sich Sozialdemokraten aus den Gewerkschaften mit ihrer Parteiführung besprechen. Da gelang es doch tatsächlich einem Mitglied von Bündis90/ Die Grünen, Frank Bsirske, die Sozis im Kreise der Vorsitzenden so unter Druck zu setzen, dass wegen des Grünen einige Rote gegenüber dem Kanzler die Umgangsformen verweigerten. Unter dem Jubel aus dem Hause Springer. Was blieb? Der heiße Sommer bleibt ein Begriff für Meteorologen. Die Kampftruppe ist erschöpft, der wahre Gegner kommt aus seinen Löchern. Um im Militärischen zu bleiben: Die Heeresführung hat kapitale strategi-

sche Fehler gemacht. Früher wurden die Truppen im Winter geschlagen, bei uns war es mit Sommer.

Da eine Veränderung meist in den Kommunen beginnt, sei die Zukunft daran beschrieben. Die Regionsvorsitzende des DGB von Neubrandenburg, Gisela Ohlemacher, reagierte reflexhaft auf die Roten. Die Schweriner Regierung mache alles falsch, war es ständig aus dem Mund der Gewerkschafterin zu hören. Sie selbst gehört der SPD an. Bei den OB-Wahlen war es dann geschafft: Die Sozialdemokraten wurden auf unter 20 Prozent hinunterprotestiert. Paul Krüger, unter Kohl mal Minister, wurde in Neubrandenburg zum OB gewählt. Ob er sich der Unernte beim DGB bedankt hat, ist nicht bekannt.

Hans Dieter Baroth

Leserbrief

In der letzten WdA ist mir der Artikel „Milliardengeschenk für Versicherungen“ von Werner Schlegel gallig aufgestoßen. JournalistInnen werden darin als „Speichellecker des Großkapitals“ bezeichnet, die sich in ihrem „Kriechertum“ noch zu überbieten versuchten. Was sollen solche pauschalen Diffamierungen einer ganzen Berufsgruppe? Wem hilft so was? Wo soll das alles noch enden?

*Frank Biermann, Journalist,
ver.di, Münster*

Alle Jahre wieder

Erinnern Sie sich an den Anfang des Monats Oktober? Fast durfte man noch auf ein paar schöne Spätsommertage und einen Besuch im Freibad hoffen. Aber als die Hitzewelle eben erst abgeklungen war, rüstete sich der Handel bereits fürs Fest - fürs Weihnachtsfest.

In den Textilgeschäften Winterklamotten mit weihnachtlich garnierten Preisschildern, beim Lebensmittel-Discounter mitten im goldenen Oktober Christstollen und Spekulatius, im Supermarkt Rundumbeschallung mit Stille Nacht und Jingle Bells. Zu den weihnachtlichen Vorreitern gehört alljährlich auch der Heimwerkermarkt. Gewöhnlich bietet er neben Maurerkellen, Tapetenkleister und Gewindeschrauben auch Sonnenschirme, Hollywoodschaukeln und Grillgeräte an; aber Letzteres war bereits Anfang Oktober gegen weißbestäubte Plastikannenbäume, schrill leuchtende Lichterketten und andere Dekoelemente fürs Fest ausgetauscht worden.

Bei den Christbaumkugeln sind in diesem Jahr übrigens die Farben Türkis und Hellviolett out; wer in sein will, muss sich für Altrosa-Metallic entscheiden. Genau genommen ist die aktuelle Modefarbe zum Fest aber gleichgültig. Hauptsache ist, dass wir unser Geld unter die Leute bringen, möglichst oft und reichlich; dazu allein sind Modewechsel da. Schließlich sind wir gehalten, mit Geldausgeben die Not leidende Wirtschaft anzukurbeln. Und damit kann man bekanntlich nicht früh genug beginnen. „Konsumterror!“ hieß es früher, manchmal sogar selbstkritisch, wenn wir uns

durch vorweihnachtliche Geschäftigkeit selbst unter Druck setzten. Heute wird kräftiger Konsum geradezu von uns verlangt.

Trotzdem muss des Handels alljährlicher Frühstart zum Fest verwundern; denn er hat ja die Erfahrung, dass das Weihnachtsgeschäft niemals im Oktober beginnt, sondern, zunächst gemächlich, im November. Steigende Tendenzen waren jedenfalls auch in diesem Jahr erst zu verzeichnen, als Glühweinduft über Weihnachtsmärkte waberte und das Weihnachtsgeld, sofern nicht gekürzt oder ganz entfallen, vor dem ersten Advent auf dem Konto war.

Aber: „Die Konsumbremse ist noch nicht gelöst“, klagte kürzlich Einzelhandelsverbandssprecher Pellengahr. Schuld sind die flauere Konjunktur und, mehr noch, die Unwägbarkeiten durch die diversen Reformpläne der Regierung. Zudem leben unter uns de facto über 5 Millionen erwerbslose Menschen; sie dürften froh sein, wenn es bei ihnen in diesem Jahr zum Kauf einer Weihnachtsgans reicht. Die allgemeine Verunsicherung ist übrigens anschaulich an den weihnachtlichen Umsatzzahlen der Vorjahre ablesbar: 10,2 Mrd. € 2001, 2002 nur noch 8,2 Mrd. €. In diesem Jahr hofft der Einzelhandel, den Stand des Vorjahres halten zu können. Sollten die Erwartungen nicht erfüllt werden, ist klar, dass wir Konsumenten Schuld sind. Wiedergutmachung können wir beim Ostergeschäft leisten. Kurz nach Weihnachten wird umdekoriert; denn schon in vier Monaten ist es soweit. Claus Floeder

Abzocker

Es heißt, das Parlament repräsentiere das Volk. Das stimmt aber schon deshalb nicht, weil die Sozialstruktur der Parlamente mit der des Volkes wenig gemein hat. Man bedenke allein die Möglichkeiten von Parlamentariern, ihre Einkünfte auf wundersame Weise zu steigern! Politiker haben anstrengende Jobs, und die sollen, keine Frage, gut bezahlt werden. Aber gut ist etlichen nicht gut genug, auch wenn sie öffentlich das Gegenteil behaupten. Zu denen gehört Ingo Wolf, Fraktionschef der Partei der Beserverdienenden im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Bei den Haushaltsberatungen verlangte er von den Mitgliedern der Landesregierung, sie müssten Vorbild sein und auf ihr Weihnachtsgeld verzichten. Ein diskussionsfähiger Vorschlag – wenn er von einem Glaubwürdigeren gekommen wäre; denn der 48jährige FDP-Mann verdient mehr als die Mitglieder des Landeskabinetts - und 1.000 € mehr als der Bundespräsident.

Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler kommt Wolf auf 18.000 € monatlich: Diäten, steuerfreie Aufwandsentschädigung, eine sogenannte Funktionszulage als Vorsitzender seiner Landtagsfraktion, eine zweite Aufwandsentschädigung als Vorsitzender der FDP-Fraktion im Kreistag Euskirchen, zwei weitere Diäten und die Frühpension als vormaliger Oberkreisdirektor; von der wird allerdings die Hälfte von seiner Grunddiät als MdL abgezogen. Wer finanziell so gut gepolstert ist, kann ganz entspannt Wasser predigen - und Wein trinken. C.F.

Die falschen Propheten

In Deutschland sind die betrieblichen Arbeitszeiten angeblich zu kurz. Das behaupten jedenfalls mit penetranter Regelmäßigkeit Propheten wie Angela Merkel und Wolfgang Clement, die Funktionäre der Unternehmensverbände und hoch dotierte Wissenschaftler. Welche Arbeitszeiten sind gemeint? Die tariflichen oder die tatsächlichen, die von Teilzeitbeschäftigten oder die der Vollzeitbeschäftigten? Keiner sagt etwas Konkretes, aber alle plappern alles nach.

Beschäftigung und Wachstum können angeblich angekurbelt werden, wenn die Beschäftigten bei gleichem Lohn oder Gehalt einige Stunden in der Woche länger arbeiten. Eine Lohnsenkung durch die Hintertür! Die Befürworter erwarten, dass aufgrund der geringeren realen Lohnstückkosten die Preise fallen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt. Das soll dann auch zu Neueinstellungen in den Betrieben führen.

Die Rechnung geht nicht auf

Zunächst ist fraglich, ob die Unternehmen die Kostenentlastungen unmittelbar an die Verbraucher weitergeben. Erst wenn der Konsum steigt, können die Produktionskapazitäten in den Betrieben besser genutzt werden, und es kommt vielleicht zu Neueinstellungen, die meist befristet sind. Nur durch mehr Beschäftigung kann die Nachfrage steigen. Allein durch Arbeitszeitverlängerung haben die Beschäftigten keineswegs mehr Geld in der Tasche.

Unser größtes Problem besteht nicht in zu kurzen Arbeitszeiten,

sondern in der schwachen Binnenkonjunktur. Vielen Betrieben fehlen Aufträge! Die Produktionskapazitäten sind nicht ausgelastet. Nur der Export brummt. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist hervorragend, weil die Arbeitskosten vergleichsweise günstig sind und die Qualität deutscher Produkte sehr gefragt ist. Die Lohnstückkosten sind in der Euro-Zone in den Jahren von 1996 bis 2000 durchschnittlich um 3,2 Prozent gestiegen, in den USA um 2,1 Prozent, in Deutschland jedoch lediglich um 0,2 Prozent. Die gestärkte internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ging aber zu Lasten der Binnennachfrage, weil die tariflichen Einkommen der Beschäftigten im Vergleich zu anderen Ländern real so gut wie nicht gestiegen sind.

Arbeitszeiten im EU-Vergleich

Bei der Kritik an den Arbeitszeiten werden meistens nur die tariflichen Arbeitszeiten in der Industrie in den internationalen Vergleich gestellt. Sie liegen im gesamtdeutschen Durchschnitt bei 37,65 Wochenstunden und damit knapp eine Wochenstunde unter dem Durchschnitt der EU (38,5). Nach einer Studie des Gelsenkirchener Instituts Arbeit und Technik (www.iatge.de) entsprechen die durchschnittlichen tatsächlichen Arbeitszeiten der abhängig in Vollzeit Beschäftigten in Deutschland exakt dem EU-Durchschnitt: 40 Wochenstunden im Jahre 2001 und 39,9 Wochenstunden im Jahre 2002. Frankreich und die Niederlande, Länder mit einer hochgradig leistungs- und wettbewerbsfähigen Wirtschaft, haben mit durchschnittlich 37,7 bzw. 38,9 Wochenstunden

deutlich kürzere Arbeitszeiten. Entscheidend für die Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens ist aber nicht die Dauer der Arbeitszeit, sondern die Arbeitsproduktivität. Die Arbeitszeiten lediglich mit denen in anderen Ländern zu vergleichen sagt nichts über die Wettbewerbsfähigkeit aus. So haben Frankreich und die Niederlande bei einer etwas niedrigeren durchschnittlichen Wochenarbeitszeit mit 117,9 bzw. 116,9 Punkten eine höhere Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde als Deutschland mit 106,8 Punkten.

Kampf um die Lohnkosten

Die Dauer der Wochenarbeitszeit ist also auch für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes nicht entscheidend. In der aktuellen Diskussion dient sie den Propagandisten des Kapitals vor allem dazu, Löhne und Gehälter durch zusätzliche, aber unbezahlte Arbeitsstunden de facto zu senken. Geradezu naiv ist aber die Vorstellung, die europäischen Konkurrenten würden einer Lohnsenkung in Deutschland tatenlos zusehen. Sie würden vielmehr entsprechend reagieren. Ein erbarmungsloser Lohnkostenwettbewerb wäre die Folge. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen würden in eine unerträgliche Konkurrenzsituation gedrängt werden. Gewinner gäbe es dadurch nicht. Die Gewerkschaften müssen sich deshalb unverzüglich zu einer gemeinsamen europäischen Tarif- und Arbeitsmarktpolitik zusammenraufen.

Franz Kersjes

Export: Immer neue Rekorde!

Die deutsche Wirtschaft hat ihre Exporte erneut steigern können. Die Ausfuhren waren im September 2003 um 5,3 % höher als im September 2002. Zusätzliche Arbeitsplätze sind dadurch in Deutschland nicht geschaffen worden.

Die Außenhandelsbilanz konnte im September mit einem Überschuss von 14,3 Milliarden Euro abgeschlossen werden, dem höchsten Wert in einem einzelnen Monat seit 1989. Nach Berechnungen der Bundesbank verzeichnete die Leistungsbilanz im gleichen Monat einen Rekordüberschuss von 9,3 Milliarden Euro.

Leistungsbilanz

Die Leistungsbilanz erfasst im Wesentlichen den Export und Import eines Landes. Sie setzt sich zusammen aus der Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz. Um den Warenhandel betrachten zu können, werden sämtliche Güterexporte und -importe erfasst. Reisen, Transport, Versicherungen und Finanzdienste gehen in die Dienstleistungsbilanz ein. Die Übertragungsbilanz dokumentiert Transfers ohne Gegenleistung, zum Beispiel Entwicklungshilfen und Überweisungen von ausländischen Arbeitnehmer/innen in ihre Heimatländer.

Der Stellenabbau hält dagegen an. Im dritten Quartal hatten nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes durchschnittlich rund 38,3 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Das waren 479.000 Personen weni-

ger als ein Jahr zuvor. Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der jahreszeitlich bedingten Schwankungen, waren im Sommer 101.000 Menschen weniger erwerbstätig als ein Quartal zuvor. Eine Zunahme an Arbeitsplätzen erwartet das Institut der Deutschen Wirtschaft auch für das nächste Jahr nicht.
F.K.

Job-Börse

Die Bundesanstalt für Arbeit hat ihren Internet-Auftritt verbessert. Unter www.arbeitsagentur.de können Unternehmen Stellen ausschreiben und Arbeitssuchende sich bewerben und ihren Lebenslauf hinterlegen. Das alles ist kostenlos. Mit rund 350.000 Stellenangeboten ist das Arbeitsamt nach eigenen Angaben Marktführer im Internet.

Etwa jeder zweite Arbeitsplatz für Fach- und Führungskräfte wird in Deutschland mittlerweile per Internet vermittelt. Das hat der Kölner Personaldienstleister Access in einer Studie herausgefunden. Insgesamt 780 deutsche Internet-Stellenmärkte gibt es, darunter Spezialagenturen z. B. für Chemiker, Sekretärinnen und Landwirte. Bei den kommerziellen Internetbörsen kostet eine Stellenanzeige ca. 500 Euro. 80 Prozent aller online geschalteten Stellenanzeigen entfallen auf die fünf größten Agenturen:

www.arbeitsagentur.de
www.monster.de
www.jobpilot.de
www.onkarriere.de (T-Online)
www.stepstone.de

Ansichten

Die Wahrheit ist unterwegs und nichts kann sie aufhalten.
Emile Zola, Schriftsteller

Die Vereinigten Staaten brauchen inzwischen 2000 Milliarden Dollar neue Gesamtschulden, um das Bruttosozialprodukt um 500 Milliarden Dollar zu erhöhen. Das ist so, wie wenn ein Unternehmen für jeden Dollar Umsatz vier Dollar Schulden aufnehmen muss.....Wir sehen ein nahes Ende der Dollarherrschaft. Die amerikanische Konjunkturlokomotive verheizt heute 80 Prozent aller Weltersparnisse. In diesem Jahr wird Amerika ein Leistungsbilanzdefizit von 600 Milliarden Dollar ausweisen. Aber schon bald wird es niemand mehr geben, der bereit ist, das Defizit zu finanzieren.

Langen von der Goltz, Vermögensberater

Tarifverträge kommen nur zu Stande, wenn sie gegebenenfalls von den Gewerkschaften mit den Mitteln eines Arbeitskampfes erzwungen werden können..... Bei diesem Interessengegensatz wären Tarifverhandlungen ohne das Recht zum Streik nicht mehr als kollektives Betteln.

Bundesarbeitsgericht

Seit tausenden von Jahren gilt: Der Stärkere schützt den Schwächeren. Soll jetzt gelten: Dem Schwächeren wird mehr aufgehalst als dem Stärkeren? Das wäre nicht nur ein sozialpolitischer Skandal, sondern eine Kulturrevolution.

Norbert Blüm, CDU

Was erwarten sie denn noch? Ein Volk, das sich alkoholfreies Bier aufschwätzen lässt, das greift auch zu einer kompetenzfreien Regierung.

Volker Pispers, Kabarettist

Statistikzauber

Nach Angaben der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen sind seit Jahresbeginn bis zu 1,3 Millionen Arbeitslose aus der Arbeitsmarktstatistik verschwunden, ohne eine neue Stelle zu haben. Allein 826.000 Erwerbslose sind aus der Statistik heraus gefallen, weil sie ihr Arbeitsgesuch nicht nach drei Monaten erneuert haben. Weitere 476.000 Arbeitsuchende wurden nicht mehr in der Statistik geführt, weil sie angeblich nicht mehr aktiv einen neuen Job suchen.

Arbeitslose, die 58 Jahre oder älter sind, können sich von der Verpflichtung zur eigenen Suche eines Arbeitsplatzes sowie zur

Aufnahme einer vom Arbeitsamt angebotenen Stelle befreien lassen. In diesem Fall muss gegenüber dem Arbeitsamt erklärt werden, dass man keine Arbeit mehr sucht, muss aber dafür zum ersten möglichen Zeitpunkt eine abschlagsfreie Rente beantragen.

Für ältere Arbeitslose stehen so gut wie keine Arbeitsplätze zur Verfügung. Die allgemeinen Anforderungen des Arbeitsamtes an den Nachweis eigener Bemühungen, die geforderte ständige Erreichbarkeit am Wohnort oder die Meldeaufforderungen des Vermittlers sind reine Pflichtübungen. Vermittlungserfolge der Arbeitsämter sind kaum festzustellen. Sie drängen diese Er-

werbslosen aber aus der Statistik und aus dem Leistungsbezug.

Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit geht somit weit über die amtliche Statistik hinaus. Nach Einschätzung von Experten suchen mehr als sechs Millionen Menschen in Deutschland einen Arbeitsplatz.

F.K.

*Allen Gewerkschaften
und ihren Mitgliedern
ein erfolgreiches Neues
Jahr, viel Mut und Kraft
im Kampf für Freiheit,
Gerechtigkeit, Frieden
und Solidarität !*

Heinrich Heine zum Geburtstag

„Ich kenne die Weise,
ich kenne den Text, /
Ich kenn' auch
die Herren Verfasser, /
Ich weiß, sie tranken
heimlich Wein, /
Und predigten
öffentlich Wasser.“

(aus: Heinrich Heine, Deutschland
– Ein Wintermärchen, Caput I)

*Heines Geburtstag jährt sich am
13. Dezember zum 206. Mal.*

**Die nächste Ausgabe der
Welt der Arbeit erscheint
Mitte Januar 2004.**

Sterben wird teurer

Am Tod wird gut verdient. Eine Bestattung kostet viel Geld. Bestatter, Friedhofseigentümer (also Kirchen und Gemeinden), Steinmetze und Floristen kassieren reichlich beim Geschäft mit dem Tod. Eine Bestattung besteht nicht nur aus Sarg und Beisetzung. Das Formular des Bestattungsauftrages enthält viele Positionen, an die die Angehörigen des oder der Verstorbenen noch nie gedacht haben. Die Kosten sind sehr unterschiedlich und betragen in der Regel mehrere tausend Euro. Ein Sterbefall stellt die Hinterbliebenen oft vor erhebliche finanzielle Probleme.

Nun hat auch noch die Bundesregierung im Rahmen der so genannten Gesundheitsreform das Sterbegeld der Krankenkas-

sen für Pflichtversicherte ab 1. Januar 2004 gestrichen. Bereits Anfang des Jahres 2003 war der Betrag für Mitglieder auf 525 Euro und für Familienversicherte auf 262,50 Euro halbiert worden.

Die Abgeordneten, die das beschlossen haben, sind davon übrigens nicht betroffen. Im Todesfall erhalten ihre Hinterbliebenen in Zukunft weiterhin ein Sterbegeld zwischen 7.009 und 10.513 Euro, wenn der/die Verstorbene dem Bundestag mindestens acht Jahre angehört hat. Das gleiche gilt auch für ehemalige Mitglieder des Bundestages, sofern sie noch keine Altersentschädigung erhalten.

-es.

Betriebsräte in Rollenkonflikten

Viele Betriebsräte sehen sich zurzeit mit einer stärker werdenden Verbetrieblichung der industriellen Beziehungen konfrontiert. Besonders in betrieblichen Krisensituationen geraten Belegschaftsvertreter/innen, aber auch die betreuenden Gewerkschaftssekretärinnen und –sekretäre in die Rolle von Co-Managern. Auch Betriebsräte, die sich selbst nicht als Co-Manager sehen, agieren und argumentieren heute zunehmend innerhalb einer betriebswirtschaftlichen Logik, mit der vor allem der Erhalt von betrieblichen Standorten und Arbeitsplätzen gesichert werden soll.

Die vorliegende Studie, die im Januar 2004 als Buch veröffentlicht wird, weist nach, dass diese Entwicklung die Betriebsräte in Rollenkonflikte führt. Auf der Grundlage einer quantitativen Befragung von Betriebsräten der Metallverarbeitung wird die Gleichzeitigkeit von konträren Meinungs- und Einstellungsmustern dargestellt. Die für einen Bewusstseins- und Rollenwandel verantwortlichen Einflussfaktoren des aktiven

Co-Managements, sowie von spezifischen Betriebs- und Krisenerfahrungen werden untersucht.

Der Autor Juri Hälker, Jahrgang 1956, arbeitete nach seiner Ausbildung zum Maschinenschlosser in der Metallindustrie. Seit 1989 war er als Journalist unter anderem für die Süddeutsche Zeitung und das WDR-Fernsehen tätig. Daneben erarbeitete er kommunikationswissenschaftliche Studien an der FU Berlin. Seine langjährige, eingehende Beschäftigung mit industriesoziologischen Untersuchungen bildeten den Ausgangspunkt für die vorliegende Arbeit. Zurzeit bereitet er seine Promotion vor, die sich mit der Frage nach den Erfolgsbilanzen von gewerkschaftlichem Co-Management befasst.

Juri Hälker Betriebsräte in Rollenkonflikten

Betriebspolitisches Denken zwischen Co-Management und Gegenmacht
Rainer Hampp Verlag, 19,80 Euro
Auszug als Gastbeitrag in
www.weltderarbeit.de

* * * *

Buch – Tipp

Eric Hobsbawm Gefährliche Zeiten

Ein Leben im 20. Jahrhundert

In seiner politischen Autobiografie erzählt der berühmte Historiker seine Erinnerungen „nicht als distanzierter Fremder“, sondern als einer, der an allen Krisen, Kriegen und Illusionen des 20. Jahrhunderts „mit jeder Faser seines Lebens selbst Anteil genommen hat.“ Als Marxist und KP-Mitglied hatte er es in der

ersten Garde der Wissenschaftler nicht leicht. Trotzdem wurde er zu einem der bedeutendsten Historiker des vergangenen Jahrhunderts. Er ist ein Linker geblieben, weil, wie er schreibt, die Menschheit nicht leben kann „ohne die Ideale der Freiheit und Gerechtigkeit oder diejenigen, die ihnen ihr Leben geweiht haben.“

Das Buch ist erschienen im Verlag Carl Hanser, München. 499 Seiten, 24,90 Euro.

Kommentar

Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldung steigt. Und daran verdienen die Vermögensbesitzer. Sie kassieren in diesem Jahr für die insgesamt 1.300 Milliarden Euro Staatsschulden rund 50 Milliarden Euro Zinsen. Die Verschuldung des öffentlichen Sektors ist vor allem denen sehr willkommen, die sonst nach Einsparungen rufen. Die Renditen sollen weiter steigen, egal was aus dem Sozialstaat wird. Wo bleibt die rigorose Aufklärung über die Verhältnisse durch Gewerkschaften, Kirchen und Medien mit dem Ziel einer Erneuerung des politischen Systems? Wenn der Zusammenhang von hoher Staatsverschuldung, erdrückenden Zinszahlungen, Steuerbefreiung und Privilegierungen für Zinseinkommen, oft genug gesteigert durch kriminelle Steuerhinterziehung, nicht klar ist, wird eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und Sozialkassen nicht stattfinden können. Es fehlen in der Tat Reformen, die den Sozialstaat wirklich sichern und soziale Demokratie verwirklichen.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35, Mail: franz.kersjes@koeln.de
Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht. www.weltderarbeit.de
Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.